

## „All in“ auf die militärische Karte

Zur: „Eine Wehrpflicht müsste für beide Geschlechter gelten“, FR-Tagesthema vom 22. Juli

Ich danke Bascha Mika für das klärende Interview mit der grünen Spitzenpolitikerin Agnieszka Brugger. Putin führt einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, da bin ich mir mit Frau Brugger und vielen anderen einig.

Was macht Frau Brugger so sicher, dass man mit immer mehr Aufrüstung Frieden sichern kann? Was folgt von Seiten Russlands auf die Marschflugkörper, die ohne jede parlamentarische Mitwirkung und öffentliche Diskussion in Deutschland 2026 stationiert werden sollen? Wie wird dann wieder der Westen darauf reagieren? Und so dreht sich die Rüstungsspirale unaufhaltsam weiter, wenn nicht jemand dem Rad in die Speichen greift. Im zwischenmenschlichen Umgang gelten Deeskalationsmaßnahmen als passendes Mittel, um die Spirale der Gewalt zu stoppen. Für die Erhaltung des Weltfriedens gilt das nicht?

Diejenigen, die auf die militärische Karte setzen, werden sagen, diese Frage sei dumm und naiv. Wer auf Verhandlungen setzt, wird oft sogar als „nützlicher Idiot Putins“ abqualifiziert. So kann man jede Diskussion darüber, welche Wege zum Frieden führen könnten, im Keim ersticken. Zwar konnte man mit militärischen Mitteln den Durchmarsch der russischen Truppen verhindern, aber es macht gegenwärtig nicht den Eindruck, dem Frieden ein Stück näher gekommen zu sein. Gibt es eine hinreichende Sicherheit, den Krieg durch militärische Unterstützung des Westens gewinnen zu können?

Frau Brugger setzt auf die militärische Karte. Sie kann sich sogar einen persönlichen Einsatz als Soldatin der Bundeswehr vorstellen. Sie würde viel in Kauf nehmen, wenn sie nur etwas mehr mitreden dürfte beim Militär. Die Wahl des Begriffes „kriegstüchtig“ findet sie „nicht glücklich“. Hätte Boris Pistorius

lieber einen euphemistischeren Begriff wählen sollen, ein Wort, das nicht so viele Ängste auslöst?

Dass die Entscheidung für den Wehrdienst die Gefahr des Tötens und Getötetwerdens in einem brutalen Krieg nicht ausschließt – kein Thema. Aufrüstung treibt die Klimakatastrophe voran, deren Verhinderung die Grünen als ihr primäres Ziel ansehen. Der volkswirtschaftliche Schaden, verbunden mit einem Wohlstandsverlust, der immer die Schwächsten der Gesellschaft am stärksten trifft und den sozialen Zusammenhalt gefährdet und der Schaden, den wir an unserer Seele nehmen, wird immer größer. Und was noch viel schwerer wiegt: Ein Ende des Krieges in der Ukraine ist nicht in Sicht. Sollten wir nicht lieber auf Friedens- und Abrüstungsverhandlungen setzen, um das Sterben zu beenden und langfristig den Frieden zu sichern, statt sich auf militärische Lösungen zu verlassen? Magret Gerdes, Wachenheim

**Diskussion:** [frblog.de/nato-ruestung](https://frblog.de/nato-ruestung)

## Es fehlt vor allem an Respekt

Landtagswahlen in Ostdeutschland: „Notnagel für Linke und Grüne“, FR-Politik vom 24. Juli

In wenigen Wochen beginnt der Reigen der Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern. Natürlich wird im Vorwege darüber diskutiert, wie man der AfD beikommen kann. Ich behaupte: Gar nicht. Zu viel ist in den vergangenen 34 Jahren falsch gelaufen.

1989, der Fall der Mauer löste eine nie dagewesene Euphorie aus. Oktober 1990: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird vollzogen. Kanzler Kohl verspricht „blühende Landschaften“. Die Realität sieht anders aus. Die Treuhandanstalt war ein Jobkiller. Viele Ostdeutsche verloren ihren Arbeitsplatz, zahlreiche Menschen wurden über den Tisch gezogen von windigen Investoren.

Und dann: Es mangelte von Anfang an an Respekt vor der (Lebens-) Leistung der ehemaligen DDR-Bürger. Die Menschen

in der DDR haben genau so hart (oft sogar mehr) gearbeitet wie die Westdeutschen. Aber die Rentenangleichung benötigte 33 Jahre. Ein Mangel an Respekt für die Lebensleistungen. Wahrscheinlich kannte man damals den Begriff „Sondervermögen“ nicht. Das wäre aber zur zeitnahen Angleichung der Renten notwendig gewesen.

Auch die Löhne waren sehr viel niedriger als im Westen. Hier haben auch die Gewerkschaften versagt! Noch heute gibt es Lohnunterschiede: Ist die Leistung eines Maurers, Fabrikarbeiters, einer Verkäuferin, Ärzten oder Kraftfahrers im Osten weniger wert als im Westen?

Was nutzen den Menschen in Ostdeutschland gute, neue Straßen, sanierte Innenstädte, wenn die Menschen sich vieles nicht leisten können und sozial und ökonomisch abgehängt sind?

Wer wagt es, diese Wahrheiten zu benennen und das gesellschaftliche Versagen offen einzugestehen? Das könnte vielleicht Sympathiepunkte einbringen. Denn wie heißt es: Erkenntnis ist der erste Weg zu Besserung!

Für die anstehenden Landtagswahlen wird es wohl wenig nutzen, aber nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Aus den Fehlern lernen und eine positive Entwicklung im Sinne von Gleichbehandlung angehen: Das ist das Gebot der Stunde. Nein, alle AfD-Wähler (die per se ja keine Rechtsradikalen sind) wird man nicht erreichen können, aber vielleicht doch einige.

Ich würde es angehen, Offenheit und Ehrlichkeit zahlen sich immer aus. Jammern in Talkshows bringt keinen Wähler und Parteien-Beschimpfungen auch nichts.

Reinhard Matthies, Pinneberg

## Fehlernährung hat viele Gründe

Titel: „Zu wenig Geld für gesundes Essen“, FR-Titel vom 18. Juli

### Spitzkohlsalat mit leckeren Kartoffeln

Als ich heute das Titelblatt und die dazugehörige Überschrift sah, war ich sehr irritiert. „Zu wenig Geld für gesundes Essen“ behandelt die Ernährungsarmut in Deutschland. Im Zentrum des Titelfotos ist eine Avocado zu sehen, links daneben eine Orange und Bananen, rechts Cocktailtomaten. Die anderen Obst- und Gemüsesorten sind vom Foto abgeschnitten und nicht gut zu erkennen. Was soll das denn? Flugware hat doch wirklich nichts mit gesunder Ernährung zu tun! Au, das tut richtig weh!

Der Leitsatz „regional und saisonal“ sollte doch bitte gerade auch bei der Auswahl des Titelfotos beachtet werden! Wir dürfen über gesunde Ernährung nicht mehr abgekoppelt von Nachhaltigkeit und Klimaschutz diskutieren! Zur Info: Ich bereite jetzt gleich mal einen Spitzkohlsalat zu und serviere ihn dann mit den leckeren Kartoffeln von der Ernte 2023! Katrin Skok, Frankfurt

### Bildung hätte Einfluss auf die Ernährung

Ich verstehe die Logik nicht. Wenn es darum geht, dass Menschen mit geringen Bezügen

sich gesundes Essen leisten können, ist doch die Lösung nicht, das Bürgergeld zu erhöhen, sondern das gesunde Essen, sprich z.B. Biogemüse, bezahlbar zu machen. Die Diskrepanz im Preis mag ein Grund für die Fehlernährung sein, ich glaube aber, dass das nur ein Teil des Problems ist. Bildung zum Thema Ernährung und Bildung allgemein sind sicher mindestens genauso verantwortlich für Ernährungsverhalten. Daher denke ich, dass die Erhöhung des Bürgergeldes kaum einen spürbaren Einfluss auf die Ernährung hätte.

Brigitte Heinzmann, Frankfurt



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20240724](https://frblog.de/f20240724)

## Schuld sind die anderen

Wirecard: „Belege nur per Screenshot“, FR-Wirtschaft vom 23.7.

Heute berichten Sie über einen weiteren Prozesstag, bei dem der Chefbuchhalter Stefan von Erffa sich aus der Verantwortung stellen will. Wirtschaftsingenieur hat er gelernt, in diesem Studiengang wird durchaus ein Schwerpunkt auf Kenntnisse in der Ökonomie gelegt. Damit versteht er von Buchhaltung und Bilanzen so viel, dass er Bescheid gewusst haben muss. Im ganzen bisherigen Prozessverlauf wird von den Hauptbeschuldigten ganz viel schmutzige Wäsche gewaschen, keiner will etwas gewusst haben, Schuld sind immer die anderen. Von Erffa war offensichtlich seiner Aufgabe nicht gewachsen, zu seiner Verantwortung hätte es gehört, frühzeitig zu kündigen und sich eine vielleicht weniger anspruchsvolle Aufgabe zu suchen.

Elisabeth Baumann, Essen

## Etwas näher gelegen

Zur: „Die Null steht“, FR-Panorama vom 20. Juli

Mit „O‘zapft is!“ haben Sie die Eröffnung des ersten alkoholfreien Biergartens in München kommentiert. Ich hätte da einen näherliegenden Alternativvorschlag: „O-Saft is!“

Jörg Kröber, Landau

### SORRY

Christiane Paul ist nicht Sabine Timoteo. Umgekehrt ebensowenig. Daher sei klargestellt: Die Schauspielerin auf dem Bild auf Seite 22 vom 25.7. ist Christiane Paul.

Wann wer mal Staatssekretär gewesen ist, das ist keine Frage, die alle Welt umtreibt. Vor allem dann nicht, wenn das schon lange zurückliegt. Walter Strauß hat allerdings einen Namen, und deswegen möchten wir Folgendes korrigieren: Strauß war von 1949 bis 1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, nicht, wie wir im Artikel „Ein deutsches Leben“ (23.7., S.22) geschrieben hatten, im Bundesinnenministerium.

Joe Biden bleibe der Welt und den USA noch bis November als Präsident erhalten, schreiben wir am 22. Juli in unserem Bildtext zum Artikel „Alles auf Anfang“ (S.4). Biden wird sein Amt offiziell bis zur Inauguration des nächsten Präsidenten bzw. der nächsten Präsidentin ausüben. Die Amtsübergabe findet am 20. Januar 2025 statt.

In der Ausgabe vom 19.7. haben wir in einem Bild auf S.22 Nordkoreas Diktator Kim Jong Un abgebildet. Neben ihm steht eine Frau, die jedoch nicht, wie wir geschrieben haben, seine Schwester ist, sondern seine Tochter. Man sieht beide nur von hinten. Das macht einen Gesichtsabgleich schwierig.

### FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Juristen Klaus Stähle über sein Buch „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriellen“. **Donnerstag, 25. Juli, 19 Uhr DenkBar Spohrstraße 46a, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen mit dem sächsischen DGB-Vorsitzenden Markus Schlimbach. **Montag, 9. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**